

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font, centered within a solid blue square. Below the letters, the text 'Die bayerische Wirtschaft' is written in a smaller, white, sans-serif font.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Vorsprung Bayern – Industriestandort Bayern

Freitag, 28.11.2014 um 10:00 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen im Haus der bayerischen
Wirtschaft.

Heute geht es um das Herzstück unserer
Volkswirtschaft: Die Industrie.

Unsere Industrie ist nicht nur Motor für Wachstum
und Beschäftigung. Sie ist auch Zugpferd für die
anderen Wirtschaftsbereiche, sorgt für Aufträge
und sicher Arbeitsplätze.

Die deutsche und bayerische Industrie hat ein
überdurchschnittliches Gewicht, sie konnte ihren
Wertschöpfungsanteil im letzten Jahrzehnt sogar
weiter ausbauen. Nur in sieben weiteren
Volkswirtschaften weltweit war dies auch der Fall.

Während

- in Deutschland der industrielle
Wertschöpfungsanteil bei 21,8 Prozent liegt,
und der Beschäftigtenanteil bei 19 Prozent,
- sind es in Bayern sogar 26 Prozent
Wertschöpfungsteil und 23 Prozent
Beschäftigtenanteil.

Und nicht zuletzt konnte unsere heimische Industrie überdurchschnittlich vom Boom vor der Wirtschaftskrise profitieren – und wurde deshalb von der Krise auch überdurchschnittlich hart getroffen.

Dass die Talsohle so schnell durchschritten war – auch ein Erfolg unserer starken, exportorientierten Industrie.

Sinkende Arbeitslosigkeit und sprudelnde Steuereinnahmen sprechen eine eindeutige Sprache.

Aber wir dürfen uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen.

Wir erleben: Die konjunkturelle Lage trübt sich zusehends ein. Das sehen wir, die Bayerische Wirtschaft, zunehmend mit Sorge.

Wenn

- der ifo-Geschäftsklimaindex zum sechsten Mal in Folge sinkt,
- selbst die Bundesregierung ihre Wachstumsprognosen deutlich nach unten korrigiert,

- Deutschland nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts im dritten Quartal gerade noch an einer Rezession vorbeigeschrammt ist
- und die Wirtschaftsweisen in ihrem Jahresgutachten der Bundesregierung, ein – sagen wir – gerade noch befriedigendes Zeugnis ausstellt,

dann sollten bei der Politik sämtliche Alarmsirenen losgehen!

Niemand kann leugnen, dass die geopolitischen Risiken zugenommen haben.

Die Krisen in Russland oder im Nahen Osten, beunruhigen auch unsere heimischen Unternehmen.

Und die verhängten Sanktionen gegen Russland haben weitreichende Folgen auf die Handelsbilanz.

Die Konjunkturschwäche Russlands steckt auch die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten an. Dorthin fließen immerhin 15 Prozent unserer bayerischen Exporte. Wenn die ganze Region schwächelt, spüren wir das erheblich.

Gleichzeitig verliert die Konjunktur-Lokomotive China an Fahrt, die Krise im Süden Europas dauert an. All das erschwert Exporte

Umso wichtiger aber ist, dass gerade jetzt die Voraussetzungen im Inland stimmen!

Denn es geht nicht nur um die konjunkturelle Delle, die wir derzeit erleben. Wir stehen auch vor strukturellen Herausforderungen.

Ich zitiere aus dem Bericht der Wirtschaftsweisen:

„Eine wirtschaftliche Aufbruchstimmung hat die Große Koalition jedenfalls bislang nicht erzeugt. Vielmehr zeichnet sich bereits heute deutlich ab, dass die aktuellen Maßnahmen den künftigen Reformbedarf erhöht haben.“

Um es sehr deutlich zu sagen: Es geht nicht um pauschale Regierungsschelte. Die Große Koalition schultert große Aufgaben – gerade auf internationalem Parkett.

Der erste ausgeglichene Haushalt seit über vier Jahrzehnten ist eine finanzpolitische Glanzleistung, die wir sehr begrüßen.

Es geht uns vielmehr darum, aufzuzeigen

- wie der Industriestandort Bayern heute dasteht,
- was die großen Herausforderungen der Zukunft sind,
- und was aus unserer Sicht jetzt dringend angepackt werden muss.

Darüber wollen wir heute diskutieren.

Ich begrüße sehr herzlich als Disputanten auf dem Podium:

- den Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Thomas Kreuzer,
- die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Annette Karl,
- als Stimme unserer Mitgliedsunternehmen Marc Appelt, Personalleiter Trucks bei MAN
- sowie Hanno Kempermann von der IW Consult.

In bewährter Zusammenarbeit hat die IW Consult den Industriestandort Bayern im internationalen Vergleich analysiert

- zum einen, was das aktuelle Niveau betrifft,

- zum anderen, wie sich die Standortbedingungen in den letzten Jahren entwickelt haben.

Herr Kempermann wird im Anschluss die zentralen Ergebnisse der Studie vorstellen.

Soviel vorab:

Unsere Studien zeigen, dass Bayern aktuell ein Spitzenstandort ist:

- Beim internationalen Vergleich der industriellen Standortqualität kommt Bayern weltweit auf den zweiten Platz – nur Schweden liegt noch vor uns. Deutschland insgesamt kommt auf Rang sechs.
- Unsere Industrie ist international positioniert: Mehr als jedes zweite Produkt geht in den Export. Deutschlandweit sind es 46 Prozent. 15 Prozent der bayerischen Exporte flossen 2013 in die Schwellenländer – das ist eine Verdopplung im Vergleich zu 2005!
- Auch auf der Zulieferseite ist Deutschland international aufgestellt. Ein knappes Drittel der Vorleistungen für die Industrie wird importiert. 1995 waren es erst gut 20

Prozent. Hierbei haben die mittel- und osteuropäischen Staaten enorm an Bedeutung gewonnen – deshalb verfolgen wir ja die derzeitige Sanktionspolitik gegenüber Russland mit so großer Sorge.

Fazit: Die Standortfaktoren der deutschen wie der bayerischen Industrie konnten in den letzten Jahren verbessert werden.

Aber das ist kein Selbstläufer.

Denn dass aktuell Handlungsbedarf besteht, zeigt unsere Studie auch: Beim Dynamik-Ranking ist Bayern zurückgefallen.

Und noch ein weiterer Befund sollte uns aufhorchen lassen: Zwar ist der Industrieanteil in Bayern im letzten Jahrzehnt insgesamt gestiegen – in den letzten beiden Jahren ist er aber wieder leicht zurückgegangen.

Das ist zwar noch keine Trend-Umkehr, aber wir sollten ein Auge auf diese Entwicklung haben.

Eins aber ist klar: Unsere Industrie ist kein Auslaufmodell.

Ganz im Gegenteil: Es ist die Industrie, die Lösungen für die großen Herausforderungen der Zukunft bietet – sei es in Sachen Energieeffizienz, sei es bei der Entwicklung zur Wirtschaft 4.0., der Digitalisierung des Produzierens wie des Arbeitens..

Nicht umsonst kommen über 90 Prozent der deutschen F+E Investitionen aus der Industrie.

Doch: Wer aufhört besser zu werden, hat bereits aufgehört, gut zu sein.

Gefordert sind natürlich die Unternehmen selbst. Doch auch die Tarifparteien und der Gesetzgeber müssen ihren Beitrag leisten, industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland und Bayern zu sichern.

Aus unserer Sicht sind dazu vor allem folgende Aspekte wichtig:

Erstens. Auf hybride Wertschöpfung setzen.

Eine vbw Studie zeigt: Industriebetriebe, die eng mit Dienstleistern zusammenarbeiten bzw. die

unternehmensintern auf Fertigung und begleitenden Service setzen, sind erfolgreicher.

Der Anteil hybrider Unternehmen wird in den nächsten Jahren steigen. Vor allem für kleine und mittelgroße Unternehmen besteht hier noch Potenzial.

Der Staat kann und sollte diese Entwicklung fördern – zum Beispiel

- durch Schaffung und Unterstützung von Industrie-Dienstleistungs-Netzwerken
- durch leistungsfähige Datennetze,
- durch Förderung des interdisziplinären Arbeitens – das fängt schon in der Schule an
- sowie durch stärkere Berücksichtigung von Dienstleistungen in der Forschungs- und Innovationspolitik.

Zweitens. Forschung und Entwicklung stärker fördern.

Innovationen sind die Triebfeder für den Erfolg made in Bayern – und ein nicht zu

unterschätzender Pluspunkt im globalen Wettbewerb.

Zudem können Forschung und Entwicklung dazu beitragen, Wertschöpfung im Inland zu halten – und natürlich auch Arbeitsplätze.

Denn der Verlagerungstrend ist bei F+E deutlich geringer ausgeprägt als bei der Produktion, wie Studien des IW Köln zeigen.

Deshalb: Mehr Ausgaben für Forschung und Entwicklung!

Drei Prozent des BIP sind die europäische Zielmarke.

Auf Bundesebene bewegen wir uns langsam auf dieses Ziel zu: 2012 lagen die F+E-Ausgaben bei 2,87 Prozent des BIP.

Wir in Bayern sind da ein gutes Stück weiter: 2012 hatten wir bereits 3,23 Prozent erreicht.

Und wir sind ambitionierter: Der Pakt für Innovationen strebt bis 2020 eine Steigerung auf 3,6 Prozent des BIP an.

Um diese weitere Entwicklung abzusichern, ist die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung dringend geboten.

Sie wäre ein weiterer wirksamer Hebel, um die Innovationstätigkeit gerade im Mittelstand anzukurbeln.

Und: Die Forschungsförderung würde Innovationen zugutekommen, die aus dem Markt heraus entwickelt werden.

Hier sollte die Bundesregierung endlich handeln – Absichtserklärungen gibt es ja genug.

Drittens. Absatzmärkte stärker internationalisieren.

Internationalisierung ist neben der Innovation der entscheidende Erfolgsfaktor für die Unternehmen.

Unsere bayerische Industrie ist zwar schon gut international vertreten – das sind aber vor allem die Großen der Branche. „Kleine“ und Mittelständler konzentrieren sich nach wie vor überwiegend auf den Inlandsmarkt. Das muss

sich ändern. Denn Export schafft neue Wachstumsmöglichkeiten.

Hier sollte die Politik beratend und unterstützend tätig werden – bzw. Durchblick schaffen, wo der Mittelständler mit Auslandsambitionen Hilfe bekommt. Hier kann weniger – aber dafür fokussierter – mehr sein!

Noch wichtiger ist es, dass die Politik protektionistischen Entwicklungen im Ausland entgegentritt und die Märkte offen hält.

Die Welt ändert sich – die Außenwirtschaftspolitik nur wenig.

Schwellenländer aus der zweiten Reihe – ich denke zum Beispiel an südamerikanische Staaten – werden immer wichtiger. Hier könnte Wirtschaftspolitik Pionierarbeit leisten. Die Unternehmen werden folgen.

Viertens. Produktportfolio auf globale Megatrends ausrichten.

Der Aufholprozess der Entwicklungs- und Schwellenländer, aber auch die neuen globalen

Herausforderung, ziehen neue
Marktmöglichkeiten nach sich:
Umwelttechnologie, Energieeffizienz,
IuK-Technologien, Life Science heißen die
Stichworte.

Industriepolitik ist keine Einbahnstraße. Wir
können von den Emerging-Markets lernen. Sie
sind uns teilweise voraus, was die Reaktion auf
die Megatrends angeht.

Deshalb müssen wir: Märkte erschließen,
Unternehmenskooperationen vorantreiben,
Cluster bilden.

Dem müssen wir uns stellen: Unternehmen,
Politik und Verbände gemeinsam.

Fünftens. Wertschöpfungsketten noch stärker
internationalisieren.

Internationalisierung betrifft nicht nur die
Absatzseite, sondern auch den Bezug bzw. die
Erstellung von Vorleistungen.

Teile der Wertschöpfungskette auszulagern, hilft
Kosten zu senken und die Konkurrenzfähigkeit zu

stärken. Die heimische Wertschöpfung leidet darunter nicht – auch wenn das oft behauptet wird.

Studien zeigen: Deutschland konnte gerade durch verstärkte Vorleistungsimporte seine Wettbewerbsfähigkeit insgesamt verbessern.

Sechstens. Bei Arbeitskosten Maß und Mitte wahren – und die unternehmerische Flexibilität erhalten.

Dass unsere industriellen Arbeitskosten zu den höchsten weltweit gehören, ist bekannt.

Die Produktivität kann seit einigen Jahren damit nicht mehr Schritt halten. Die Schere geht immer weiter auseinander.

Unsere Botschaft an die Tarifparteien lautet deshalb: Bei der Lohnfindung Maß und Mitte wahren.

Denn je stärker die Unternehmen durch Kostensteigerung belastet werden, desto mehr steigt der Druck zu Rationalisierung und Produktivitätssteigerung.

Und damit steigen auch die Belastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Gerade um Kostennachteil und volatiler Marktlage zu begegnen, ist Flexibilität das A und O für unsere Unternehmen.

Deshalb: Hände weg von einer weiteren Regulierung bei Werk- und Dienstverträgen – sowohl auf gesetzlicher als auch auf tarifvertraglicher Ebene. Unser Arbeitsmarkt ist ohnehin reguliert genug.

Statt mehr Regulierung brauchen wir endlich ein einfaches und transparentes Arbeitsrecht, das Beschäftigungsbarrieren beseitigt und unternehmerische Entscheidungsfreiheit gewährleistet. Hier gibt es viel zu tun!

Siebtens. Steuersystem vereinfachen.

Die Bundesregierung hat in ihrem ersten Jahr keine Steuern erhöht – gut so!

An heimlichen Steuerhöhungen wie der Kalten Progression hält sie aber fest.

Hinzu kommen neue Belastungen durch sozialpolitische Maßnahmen wie Mindestlohn und Rente, aber auch durch Pläne für Vermögensteuer oder Finanztransaktionsteuer. Sie dürfen nicht kommen.

Stattdessen brauchen wir ein einfacheres, leistungsfähigeres und wettbewerbsfähigeres Steuersystem in Deutschland.

Zwei dringend notwendige Maßnahmen wären:

- die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung
- und die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung.

Dies würde nicht zuletzt auch das Investitionsklima verbessern.

Achtens. Potenziale der Digitalisierung gemeinsam heben.

Bereits heute geht ein Drittel des Wachstums der industriellen Wertschöpfung auf die Digitalisierung zurück. Tendenz steigend!

Dennoch besteht gerade in der Industrie noch Potenzial, den Digitalisierungsgrad zu erhöhen.

Dazu brauchen wir leistungsfähige Datennetze – und zwar flächendeckend in ganz Bayern.

Hier tut sich bereits viel. Aber viele Unternehmen benötigen deutlich höhere Bandbreiten – und zwar in Zukunft immer mehr. Deshalb fordern wir: flächendeckend 100 Mbit/s bis 2020.

Sonst passiert es uns am Ende noch, dass wir nach Abschluss der Ausbauphase überall schnelles Internet haben – das aber für die zwischenzeitlich weiter gestiegenen Anforderungen unserer Unternehmen bereits wieder zu langsam ist.

Doch auf dem Weg zur Wirtschaft 4.0 brauchen wir noch mehr: Anfassungen von Bildung und Ausbildung, über Datensicherheit, bis hin zu einem modernen Arbeitsrecht.

Denn durch das Internet und durch moderne Kommunikationsmittel ergeben sich auch neue Chancen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Ort und Zeit des Arbeitseinsatzes

werden immer flexibler. Der gesetzliche Rahmen ist hierfür jedoch nicht mehr zeitgemäß.

Insbesondere die Vorschriften zu Arbeitszeit und Arbeitsschutz müssen angepasst werden.

Neuntens. Verkehrsinfrastruktur verbessern.

Verkehrswege sind die Lebensadern unserer arbeitsteiligen Wirtschaft – wenn sie auf der Höhe der Zeit sind.

Hier besteht erheblicher Nachholbedarf – sowohl was Straße, als auch Schiene betrifft. Ein Ausbau findet kaum noch statt. Die aktuelle Prognose des Bundesverkehrsministeriums zeigt: Bis 2030 werden die Verkehrsleistungen im Personenverkehr um 12 Prozent wachsen, der Gütertransport um 38 Prozent.

Deshalb fordern wir: Verkehrsetat dauerhaft von zehn auf 14 Milliarden Euro erhöhen!

Um das zu erreichen, ist die Infrastrukturabgabe ein wichtiges und unverzichtbares Instrument – wenn sie zweckgebunden eingesetzt wird.

Zehntens. Bei der Energie Versorgungssicherheit gewährleisten – und Preise dauerhaft senken.

In einer Umfrage des IW Köln bewerten die Industrieunternehmen die Versorgung mit Energie und Rohstoffen als den Standortfaktor mit der höchsten Relevanz.

Zudem wurde die Verfügbarkeit von Energie in Deutschland als Standortvorteil gewertet, die Strom- und Energiekosten hingegen als größter Standortnachteil.

Die EEG-Novelle war ein erster wichtiger Schritt, den weiteren Strompreisanstieg zu dämpfen.

Wir müssen aber langfristig zu einer echten Kostensenkung auf ein wettbewerbsfähiges Niveau kommen!

Und wenn die Unternehmen weiterhin in Bayern investieren sollen, ist auch langfristiges Vertrauen in die Versorgungssicherheit unverzichtbar.

Wir zählen darauf, dass der von der Bayerischen Staatsregierung durchgeführte breite Dialog und

die Entscheidungsfindung spätestens Ende des Jahres abgeschlossen sind.

Im Januar muss der Masterplan für die Stromversorgung stehen und umgesetzt werden.

Elftens. Aktive Fachkräftesicherung betreiben.

Die Industrie kann den Karren nur ziehen, wenn sie auf genügend qualifizierte Fachkräfte zurückgreifen kann.

Genau das ist aber das Problem: 2020 werden in Bayern rund eine Viertelmillion Fachkräfte fehlen.

Wir müssen **jetzt** gegensteuern.

Die vbw nimmt ihre Verantwortung wahr: Unser Aktionsprogramm Fachkräftesicherung bündelt eine Fülle von Projekten in den fünf Bereichen

- Qualifikation – besonders von Langzeitarbeitslosen und Leistungsschwächeren,
- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung – besonders von Frauen,
- Erhöhung der Wochen- und Lebensarbeitszeit,

- Bildungsoffensive,
- gezielte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland.

Meine Damen und Herren,

all diese Aspekte müssen wie Zahnräder ineinander greifen, um den Industriestandort Deutschland und Bayern am Laufen zu halten.

Wenn Staat, Wirtschaft und Sozialpartner das Richtige tun, können wir Deutschland auf Erfolgskurs halten: Wettbewerbsfähig, zukunftsfähig, erfolgreich. Davon bin ich überzeugt.

Die Klammer um alle wirtschaftspolitischen Einzelmaßnahmen bildet das, was Walter Eucken, einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, „Kons-tanz der Wirtschaftspolitik“ genannt hat.

Wir brauchen keinen kurzfristigen wirtschaftspolitischen Aktionismus – das sei all jenen gesagt, die angesichts konjunktureller Unsicherheiten Grundwahrheiten, wie zum

Beispiel Haushaltsdisziplin, am liebsten über Bord werfen wollen.

Wir brauchen eine langfristige, stringente, verlässliche Wirtschaftspolitik, die Sicherheit und Vertrauen schafft.

Das sei all jenen gesagt, die meinen, Sozialpolitik machen zu können, ohne Rücksicht zu nehmen auf unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Die beste Sozialpolitik ist immer noch ein sicherer Arbeitsplatz. Und den schafft unsere Industrie – wenn sie Rahmenbedingungen vorfindet, die ihre Wettbewerbsfähigkeit stärkt und nicht schwächt.

Das Credo der vbw ist und bleibt: Industrie **hat** Zukunft, Industrie **ist** Zukunft.

Deshalb bringen wir uns mit einer Fülle von Projekten ein.

Deshalb suchen wir den Austausch – so wie heute Vormittag.

Ich freue mich auf eine lebendige Diskussion und wünsche uns eine ertragreiche Veranstaltung!